

MIGRATION UND RASSISMUS IN DER BONNER REPUBLIK

Der Brandanschlag in Duisburg 1984

Ceren Türkmen¹

Wie könnte dies alles geschildert werden, dachte ich, nun aus den Vereinfachungen gerissen, mit denen ich mir eine Ausdauer ermöglicht hatte. Wie wäre dies, was wir durchlebten, so darzulegen, fragte ich mich, dass wir uns drin erkennen könnten. Die Form dafür würde monströs sein, würde Schwindel wecken. Sie würde spüren lassen, wie unzureichend schon die Beschreibung der kürzesten Wegstrecke wäre, indem jede eingeschlagene Richtung ihre Vieldeutigkeit eröffnete.

Peter Weiss²

Rückkehr ins Ruhrgebiet:
Der Brandanschlag 1984

Im Frühjahr 2017 habe ich mich für mehr als eine Woche ins Archiv des Dokumentationszentrums und Museums über die Migration in Deutschland (DOMiD) in Köln begeben. Ich war auf der Suche nach historischen Quellen, die mir als Originaldokumente aus der Vergangenheit Hinweise zur Entstehung des »Antirassismus« vor dem Mauerfall in Westdeutschland geben konnten. Mein regionaler Fokus auf das Ruhrgebiet und seine Schwer- und Autoindustrie verhiß wegen der etlichen Arbeitsstreiks in den 1960er und 1970er Jahren, an denen Arbeitsmigrant*innen oft an vorderster Front beteiligt waren,

einen umfangreichen Quellenreichtum. Beim Blick durch den Presseordner, in dem Archiv*innen für die Dokumentation der Geschichte der Migration wichtig erscheinende Presseberichte geordnet, eingelegt und gesammelt haben, fiel mir eine kurze Meldung vom 28.8.1984 über einen »Großbrand« am Tag zuvor im Duisburger Stadtteil Wanheimerort in die Hände. Sieben Mitglieder einer türkischen Familie sollen dabei gestorben sein. Als Brandursache wurde ein Kabelbrand im maroden Althaus vermutet.

Ich bin gebürtige Duisburgerin und kenne Wanheimerort im Duisburger Süden gut. Bis zur Geburt meines Bruders 1983 habe ich mit meiner Familie selbst in dem Arbeiter*innenstadtteil gewohnt. Als 1992 die Pogrome von Rostock-Lichtenhagen stattfanden und kurz danach die rassistischen Brandanschläge von Mölln und Solingen war ich gerade mal elf Jahre alt und ging in Duisburg auf eine Schule, die stadtweit das »Ausländergymnasium« genannt wurde. Wir wohnten dementsprechend auch in einer sogenannten »Ausländergegend«. Als Kinder sprachen wir daheim Türkisch, in der Schule Deutsch, auf den Spielplätzen Jugoslawisch, Italienisch, Arabisch, Griechisch. Die Polizei stigmatisierte den Stadtteil meiner Kindheit regelmäßig als »No-go-Area« bzw. als Gefahrengebiet. Ich erinnere mich daran, dass Trauerdemonstrationen nach den Brandanschlägen auf die Häuser in Mölln in meiner Wohngegend stattfanden, die Schulleitung uns aber verbot, während der Unterrichtszeit an den Demonstrationen teilzunehmen. Auch als Schule nahmen wir nicht an den

Kundgebungen teil. Warum wir nicht als »Ausländerschule« gegen den damals noch sogenannten »Ausländerhass« im wiedervereinigten Deutschland demonstrierten, fand ich schon damals unlogisch. Kein ganzes Jahr später nach dem Brandanschlag in Solingen war der Zeitpunkt erreicht, dass die Lehrer*innen und die Schulleitung uns nicht mehr verbieten konnten auf die Demonstrationen zu gehen, und zwar ohne Einträge ins Klassenbuch dafür zu bekommen.

Als ich aber 25 Jahre später auf die erste Quelle über den sogenannten Großbrand in Duisburg mit sieben Todesopfern stieß, war ich unsicher. Ich hatte den Bericht mehrmals gelesen, danach sehr lange angesehen und schließlich – gemäß der Darstellung in der Meldung – als »unglückliche Katastrophe« abgetan und das Dokument umgeblättert. Dann allerdings folgte eine weitere Kurzmeldung in der Frankfurter Rundschau vom 29.8.1984 über den »Großbrand«. Die Überschrift des Presstextes, »Brandstiftung in Duisburg nicht mehr ausgeschlossen«, irritierte mich. Es hieß im Originaltext weiter:

Die genaue Ursache der Brandkatastrophe in Duisburg, bei dem in der Nacht zum Montag sieben Mitglieder einer türkischen Familie getötet und weitere 23 ausländische Bewohner des Hauses zum Teil schwer verletzt wurden, ist weiter unklar. Wie Staatsanwalt Gerd Schnittchen am Dienstag mitteilte, kann inzwischen jedoch eine »natürliche Brandursache« wie etwa ein Kurzschluss ausgeschlossen werden. Die Untersuchungen von Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft konzentrierten sich inzwischen darauf, ob vorsätzliche oder fahrlässige Brandstiftung vorliegen. Konkrete Anhaltspunkte für einen vorsätzlichen Anschlag gebe es jedoch noch nicht.

Nach dieser zweiten Meldung fühlte ich, wie sich für einen längeren Zeitraum eine »Porosität«³ in mir ausbreitete. Ich habe trotz dieses seltsamen Gefühls anfangs nicht bewusst und gezielt darüber nachgedacht, ob es sich bei der Brandstiftung möglicherweise um einen politisch motivierten, somit rassistischen Brandanschlag handeln könnte. Davon war ich wegen einer unbestimmten Angst und einem noch eher leisen Entsetzen sehr weit entfernt. Dennoch schien allein in diesen zwei Berichterstattungen etwas unstimmig. Sehr viel aufdringlicher war aber die Frage in mir, warum ich als Duisburgerin von diesem Großbrand in Wanheimerort bisher nichts gehört hatte. Darüber spricht doch die migrantische Community und die ganze Stadtgesellschaft normalerweise und irgendwann hätte ich es doch hören müssen. Was sagt das über 1984 und die Brandstiftung aus? Warum gibt es keine Erinnerung? Ich recherchierte doch gerade auch zu den Konjunkturen der migrantischen Selbstorganisation, machte die verschiedenen informellen und formellen Handlungsfelder der vielen sogenannten »ausländischen Vereine« ausfindig, setzte sie ins Verhältnis zu staatlichen Migrationspolitiken, erarbeitete die Genealogie des (Anti-)Rassismus, wusste um die rassistische Gewalt schon in den 1980ern in Westdeutschland und war selbst seit den nazistischen Pogromen gegen Migrant*innen und Geflüchtete Anfang der 1990er Jahre in den Jugendgruppen der migrantischen Selbstorganisation aktiv gewesen.

Auch wenn ich meinen eigenen Fragen, die sich in Selbstgesprächen allmählich auftaten, letztendlich nicht vertraute, recherchierte ich weiter. So konnte ich noch am selben Tag im Internet einen kurzen Fernsehbericht des WDR vom Tag nach dem Brandanschlag finden. Er zeigt die Ruinen des ausgebrann-

ten Hauses, geht auf die Wanheimerstraße als sozial benachteiligter Wohn- und Lebensraum hauptsächlich für Migrant*innen ein und lässt auf Deutsch Augenzeug*innen und Nachbar*innen zu Wort kommen, die vom Großbrand berichten. Die Namen der Opfer werden nicht genannt, sie bleiben gesichtslos, Angehörige oder auch Bewohner*innen des Hauses kommen nicht zu Wort. »Sieben Türken sind gestorben« heißt es in der Darstellung des Sprechers und weiter:

Eine schäbige Straße, die Wanheimerstraße im Duisburger Stadtteil Wanheimerort. Wer in den schmucklosen Häusern lebt, für den ist Lebensqualität ein ferner Traum. Hier wohnen zum größten Teil Ausländer. Meistens Türken. Sie ist auch laut die Wanheimer Straße: Lastwagen, Straßenbahnen, und unzählige Personenwagen suchen sich auf dem holprigen Kopfsteinpflaster ihren Weg in die Duisburger Innenstadt. Rußgeschwärzte Fassaden, Lärm und nur ab und zu der Farbtupfer einer Reklametafel bestimmen das Gesicht dieser Straße. Sie bildet die Grenze zwischen einem Wohnviertel und einem riesigen Fabrik- und Hafengelände. Seit hier an der Ecke Fischerstraße sieben Menschen einen grausamen Tod fanden, ist es auch lebendiger geworden. Noch 36 Stunden nach der Brandkatastrophe pilgern Schaulustige hierher. Schauen, obwohl es nur noch verkohlte Balken und Fensterkreuze zu sehen gibt, und debattieren darüber, was alles falsch gemacht worden ist. [...] Wie ein ausgebombtes Haus wirkt die Ruine des nahezu 70-jährigen Gebäudes, in dem bis Sonntagnacht 57 Menschen lebten [...]. In den Trümmern suchen Brandsachverständige derweil nach den Ursachen, die zu dem katastrophalen Feuer führten. Die Spekulationen in Duisburg nehmen ihren Lauf.⁴

Die Opfer und Betroffenen blieben namenlos, gesichtslos. Nach weiterer, dieses Mal längerer Suche machten mich gegen Ende des Tages zwei weitere Rechercheergebnisse unruhig. Über Umwege fand ich ein Portrait in der regionalen Presse, der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ), über Elmar Zimmermann.⁵ Martin Kleinwächter portraitierte Zimmermann als er nach 42 Jahren Dienstzeit in den Ruhestand ging. Zwischen 1984 und 1989 war er Chef der Duisburger Mordkommission; er berichtete in seinem persönlichen Rückblick von seiner Dienstzeit und gab Einblicke in einzelne Fälle. Dabei erwähnte er auch die Brandstiftung 1984 in Duisburg. Dort heißt es:

Schwer wog die Brandstiftung in einem Haus in Wanheimerort 1984, bei der sieben Türken starben. Jahre später legte eine Pyromanin das Geständnis ab, die sonst im Norden der Stadt immer nur Papiercontainer angezündet hatte.

Nur wenige Stunden später fand ich online einen Bericht im Spiegel vom 15.10.1984. Der Bericht mit der Überschrift »Unser Traum. Das Verbot der Aktionsfront Nationaler Sozialisten ist wirkungslos geblieben: Verfassungsschützer beobachten zunehmende Militanz in der Neonazi-Szene« brachte mich wieder in die Bonner Republik vor der Wende ins Jahr der Brandstiftung 1984 zurück.⁶ Wie der Titel schon verrät, rekonstruierte die Redaktion in diesem Bericht die rechtsextreme Szene in Westdeutschland und warnte 1984 vor der zunehmenden Reorganisierung gewaltbereiter Gruppierungen und Parteien. Sie zeichneten sich dadurch aus, dass sie als Mischung aus Rechtsextremisten und gewaltbereiten Schlägern immer wieder Migrant*innen bedrohten, Hakenkreuz-Schmierereien verbreit-

teten und darüber hinaus auch das Ausmaß der körperverletzenden und lebensbedrohlichen Gewalt zunehme. Das baden-württembergische Innenministerium beobachtete, so die Redakteur*innen, rechts außen »zunehmende Militanz«. Sie dokumentierten keine zwei Monate nach der Brandstiftung in Duisburg Fälle extremer Gewalt und notierten:

Beispiele aus Stuttgart: Fünf Skinheads schlugen einen S-Bahn-Fahrgast zusammen, der einen Hakenkreuz-Aufkleber (»Wir kommen wieder«) entfernen wollte; Neonazis setzten das Verwaltungsgebäude eines Ausländerwohnheims in Brand; zwei Jugendliche, die sich den Anti-Neonazi-Film »Die Erben« ansehen wollen, werden verprügelt. In Düsseldorf-Gerresheim steckten Rechtsextremisten eine ehemalige Synagoge an. In Duisburg kamen bei einem Brandanschlag auf ein von Ausländern bewohntes Gebäude sieben Türken ums Leben. Neben dem Hauseingang waren Hakenkreuze in die Wand geritzt.

Woher hatte der Spiegel die Informationen über die Hakenkreuze? Warum erwähnt der Bericht die Brandstiftung in einer Dokumentation über rechte Gewalt und Naziorganisationen in Westdeutschland vor der Wende?

Zwischen der Erzählung, den Informationen und der Analyse im Spiegel und dem Narrativ des ehemaligen Chefs der Duisburger Schutz- und Sicherheitspolizei gibt es einen wesentlichen Unterschied, der auf den Widerspruch hinausläuft, dass erstere Hinweise andeuten, die ein politisches und somit rassistisches Tatmotiv nahelegen, während letzterer von Brandstiftung einer verwirrten Einzeltäterin ausgeht. Deshalb schrieb der Spiegel auch von einem Brandanschlag und

Elmar Zimmermann hingegen von Brandstiftung.⁷

Trotz dieser Widersprüchlichkeiten konnte ich nicht den Mut und die Souveränität zusammenbringen, über Duisburg 1984 offen als Verdachtsfall eines rassistischen Brandanschlags nachzudenken, dem sieben Migrant*innen zum Opfer fielen, die vergessen wurden. Es gab höchstens eine Handvoll naher Freund*innen, mit denen ich darüber sprechen konnte. Ich vertraute meiner antifaschistischen Kompetenz nicht genug, um dem Verdachtsfall nachzugehen, und war schlicht verängstigt, unseriös recherchiert zu haben und mich zu irren. Die Autorität des Gerichts, der Sicherheitsbehörden und der Politik, die behaupteten, einen sogenannten »Feuerteufel« gestellt zu haben, denn so hieß es, überwog. Nachdem ich meine Recherche im DOMiD beendet hatte, fand kurze Zeit später das zivilgesellschaftliche NSU-Tribunal in Köln statt – parallel zum NSU-Prozess am Oberlandesgericht in München. Während des Tribunals haben alle Gäste und vor allem die Betroffenen rassistischer Gewalt und des NSU-Terrors zu spüren bekommen, wie schwer es ist Schweigen zu durchbrechen, weil sie als Betroffene des NSU-Terrors jahrelang die Erfahrung gemacht hatten, dass die Polizei und Ermittlungsbehörden nicht den Migrant*innen als Betroffenen glaubten oder in ihrem Sinne ermittelten, sondern selber ein institutionelles Rassismus-Problem haben und personell mit der rechten Szene verbunden waren. Dies war ein offenes Geheimnis, denn schon im migrantischen Volksmund in den 1990ern im Ruhrgebiet hieß es schon laut und deutlich, »Walah, keene Bullen rufen, wa, sonst kriegste als Kanake erst Recht auf die Fresse. Die jaagen kene Nazis. Ruf ma Antifa an, die helfen.«

Migrantische Selbstorganisation in den 1980er Jahren

Ein Jahr später recherchierte ich wieder wegen meines ursprünglichen Forschungsthemas im Papiertiger in Berlin, einem Archiv für Soziale Bewegungen. Dort fiel mir die nächste Erinnerung an Duisburg 1984 in die Hand. Es war ein kurzer Paragraph im Türkei-Infodienst aus dem Jahr 1984. Der Türkei-Infodienst war ein deutschsprachiges Infoblatt der Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik e.V. (FI-DEF). FIDEF existierte seit 1977 in Deutschland und verstand sich als parteipolitisches unabhängiges Sprachrohr der türkeistämmigen Arbeiter*innen in Deutschland. Wegen der politischen Nähe zu sozialistisch-kommunistischen Organisationen wurde die Föderation vom Verfassungsschutz beobachtet. Über 26 lokal organisierte Arbeitervereine und Arbeitsgruppen organisierten sich bis 1988 in der Föderation. Kurz vor dem Mauerfall und der Auflösung der Sowjetunion gingen sie in die GDF, die Föderation der Immigrant*innenvereine aus der Türkei e.V., als Organisationsstruktur über.⁸ In der Meldung mit dem Titel »Der Brand in Duisburg« vernimmt die Redaktion im Türkei-Infodienst die Meldungen aus den türkischsprachigen und deutschsprachigen Tageszeitungen zum Brand in Duisburg und deutet vorsichtig auf Widersprüchlichkeiten hin. Dort steht, dass die türkischsprachige Tageszeitung Hürriyet schon am 28.8.1984 in der türkischen Tagespresse vom Brand in Duisburg berichtet. Am 30.8.1984 wiederum sollte sich die Hürriyet fragen, ob es sich bei dem Feuer um Brandstiftung handelte.

Während alle Presseorgane in der Bundesrepublik behaupten, dass es sich bei dem Feuer um Sabotage handele, schweigen die zuständigen Stellen der Polizei und setzen die Untersuchung fort. Die gleiche Zeitung berichtet am 31.8.1984, dass es sich nach Angaben von Fachleuten um Brandstiftung handele. In einer gemeinsamen Erklärung von Staatsanwaltschaft und Polizei in Duisburg wurde mitgeteilt, dass das Feuer in einer Ecke der Treppe entzündet wurde. Für Hinweise auf den oder die Täter wurde eine Belohnung von 10.000 DM ausgesetzt.⁹

Migrant*innen in der Ära Kohl

So kurz diese Meldung von FIDEF auch war, stößt sie ihre Leser*innen unweigerlich auf eine Frage bezüglich der Ereignisse in Duisburg 1984: Warum schwiegen die Ermittlungsbehörden, obwohl es zu einem frühen Zeitpunkt schon Hinweise auf Brandstiftung gab? Ich recherchierte nun gezielt weiter in den Grauen Heften und Publikationen von FIDEF und entdeckte eine Broschüre der Föderation aus demselben Jahr mit dem Titel »Internationale Konferenz. Gegen die Diskriminierung von Ausländer[n] für volle Gleichberechtigung«.¹⁰ Die im Eigendruck herausgegebene Broschüre versammelt Reden, Berichte und Forderungen einer Konferenz gegen Rassismus, die FIDEF im Oktober 1984 im DGB-Haus in Frankfurt veranstaltet hatte. Ausschlaggebend für die Konferenz waren die massiven Restriktionen und Verschärfungen durch ein neues Ausländergesetz unter dem damaligen Bundesinnenminister der Regierung Kohl, Friedrich Zimmermann (CSU), das auf der Konferenz unter heftiger Kritik stand. Der Grundtenor

der internationalen Konferenz lag den Reden zufolge darin, das neue Ausländergesetz bedingungslos abzuweisen und deutlich zu machen, dass das migrationsfeindliche und auf Abwehr, Abschottung und Rückschiebung basierende neue Ausländergesetz von der Wenderegierung Kohl/Genscher in direkter Hörweite des neuen migrationsfeindlichen Rassismus entwickelt wurde und dieser Stimmung entsprechend auch restriktiv gestaltet werden sollte. Dazu hält der Sprecher des Bunds der Antifaschisten Alphonse Kahn, der als Jude selbst noch vor den Nazis hatte fliehen müssen, in seiner Rede treffsicher fest:

Die Hetzkampagne der neofaschistischen Kräfte in der Bundesrepublik gegen Ausländer nimmt immer gefährlichere Ausmaße an und soll in der wachsenden Krise ihren Niederschlag in reaktionärer Gesetzgebung finden. Alte Ressentiments und verbreitete Existenzsorgen bieten hierzu die Grundlage. Zu Zeiten, als es den Wohlstand zu mehren galt, wurden ausländische Arbeitskräfte in die Bundesrepublik geholt. Heute, in Zeiten der Krise, versucht man sie mittels der Ausländerhetze und der Minderung ihrer erworbenen Rechte mit dem Slogan »Ausländer raus« wieder davonzujagen.¹¹

In jeder der Reden im Sammelband wurden die damals noch als »Ausländerfeindlichkeit« bezeichneten rassistischen Zustände in der Gesellschaft kritisiert, die in allen Lebensbereichen für Migrant*innen ungleiche Rechte, Unfreiheit, rassistische Diskriminierung und Gewalt bedeutet haben. Auffällig sind ausführliche Aufzählungen rassistischer Übergriffe und neonazistischer Gewalttaten, die parallel zur Wirtschaftskrise und der zunehmenden Arbeitslosigkeit in den 1980er Jahren

in Westdeutschland anstiegen: Übergriffe, Beleidigungen, Schikanen, körperverletzende Gewalt, etliche von rechten Gruppierungen getarnt geführte lokale Bürgerinitiativen und Kampagnen für den Ausländerstopp, Überfremdungsdiskurse und Kriminalisierungspraktiken. In einer der Reden, die wie ein systematisches Protokoll über rassistische Diskriminierung und neonazistische Gewalt wirkte, fand ich einen weiteren unerwarteten, dafür aber sehr direkten Hinweis zu Duisburg 1984. Der DKP-Politiker Dirk Krüger schreibt dort:

Über 100 registrierte Überfälle und Brandanschläge auf ausländische Mitbürger, Wohnungen, Asylheime u.a.m. gab es allein im Jahr 1980. Im Jahre 1981 gab es bereits rund 300 ausländerfeindliche Aktionen. Am 1. Mai überfielen neofaschistische Schläger nicht einen Steinwurf von hier entfernt die DGB-Kundgebung mit Parolen wie »Ausländer raus!« und prügeln auf ausländische und deutsche Gewerkschafter ein. Ende 1982 verbrannte sich eine junge Türkin¹² auf dem Rathausmarkt in Hamburg. Sie hielt die ständige Diskriminierung, die Anfeindungen bis hin zu Morddrohungen nicht mehr aus. Am 30. August 1983 schließlich stürzte sich der politische Flüchtling aus der Türkei, Cemal Altun, in den Tod. Die Ausländerbehörden in Westberlin wollten ihn an das faschistische Folterregime in der Türkei ausliefern. [...] Das Landesverwaltungsgericht von Baden-Württemberg lehnte den Asylantrag ab, Folter sei in der Türkei ein allgemeines Phänomen, von daher sei Folter kein Asylgrund. Auch das Bundesverwaltungsgericht entschied, dass Folter zwar generell einen, ich zitiere, »eklatanten Verstoß gegen die Menschenwürde« darstelle, doch Folter nicht stets ein Asylgrund sei. Nach dem Willen der

Landesanwaltschaft Bayern soll der Ägypter Magdi Gohary aus der BRD ausgewiesen werden. Er lebt und arbeitet seit 20 Jahren hier und ist aktiver Gewerkschaftsfunktionär in der IG Chemie. Ihm werden Teilnahme an Aktivitäten der Friedensbewegung vorgeworfen, die eine, ich zitiere, »Gefährdung der inneren und äußeren Sicherheit der BRD« sein sollen. Dem spanischen Arbeiter und Betriebsrat Beguristan aus Nürnberg wird sein Einbürgerungsantrag abgelehnt. Grund: Die Sicherheitsbehörden halten ihn für einen ausländischen Extremisten, der, Zitat: »keine Gewähr dafür bietet, dass er sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennt.« In Baden-Württemberg genügt jetzt der Bezug von Sozialhilfe, um ausländerrechtliche Maßnahmen bis hin zur Ausweisung vorzunehmen. So lautet die Anordnung des CDU-Innenministers Eyrich. [...] Die tödlich verunglückten türkischen Bergleute in Gelsenkirchen waren kaum beerdigt und schon meldete sich das dortige Ausländeramt bei den hinterbliebenen Frauen und Kindern zur Überprüfung ihrer Aufenthaltserlaubnis in der BRD. [...] Am 27.8.84 schließlich ging in Duisburg ein Wohnhaus in Brand, sieben tote Türken waren zu beklagen, 22 Verletzte. Der Staatsanwalt ging davon aus, dass wohl [...] von neonazistischen Gruppen dieser Brand gelegt worden ist. Diese wenigen Fakten, die sich durchaus noch verlängern und ausdehnen ließen, sind unserer Meinung nach lediglich als Spitze des Eisbergs anzusehen. Sie verdeutlichen: ausländische Arbeiter, die einst angeworben, umworben und begrüßt wurden, werden heute zu Menschen 2. und 3. Klasse.¹³

Die Reden im Sammelband, die Kritik und die Forderungen am Ende des Bandes von FIDEF führen aus der Perspektive von mig-

rantischen, antifaschistischen und antirassistischen Kämpfen die Bedrohungssituation durch rassistisch-neonazistische Gewalt in den 1980er Jahren vor Augen und ordnen sie in das gesellschaftliche Klima dieser Zeit ein. Letzteres entsprach im öffentlichen Diskurs einer regelrechten Hetze gegen Migrant*innen und setzte in der politischen Agenda auf die Abwehr von Immigration durch Kriminalisierung von Asyl- und Flucht. Die 1980er Jahre erscheinen mir im Rückblick als ein Jahrzehnt, das nicht friedlich war, sondern in dem versucht wurde, die Phase der Anwerbung von Arbeitsmigrant*innen zwischen 1955 und 1973 rückgängig zu machen und ihre Sesshaftigkeit zu verhindern. Hier sollte verdrängt werden, was nicht mehr zu verdrängen war, weil die Gesellschaft schon damals migrantisch war und es auch bleiben würde. Einwanderung war bereits ein konstitutiver Teil der Gesellschaft in Westdeutschland, aber anstatt rechte Diskurse zu bekämpfen, wurde weiterhin auf eine restriktive Abschottungspolitik gesetzt. Im August 1984 fand in Duisburg eine Demonstration im Zuge des bundesweiten »Marschs gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit« statt. Laut Zeitungsberichten hätten »zahlreiche Ausländer« an der Demonstration teilgenommen, um erstens gegen die Rückkehr und die auf die »freiwillige« Rückkehr abzielende Abfindungspolitik des Mannesmann Stahlkonzerns, und zweitens gegen »Ausländer-Raus-Parolen« im Duisburger Norden zu protestieren.¹⁴ Diese politische Phase war somit umkämpft und stand im Zentrum der thematischen Auseinandersetzung von Migrant*innen und demokratischen Akteure*innen in der Zivilgesellschaft und Politik.

In den 1980er Jahren hatte Rassismus Hochkonjunktur in der BRD. Es wurde von »Ausländerüberflutung« und »Überfremdung«

geredet, Bürgerinitiativen gegen Migrant*innen gründeten sich, und die Politik versuchte mit aggressiven Abschottungs- und Rückführungskampagnen Migration rückgängig zu machen, wie Ende November 1983 durch das »Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft« und mit der Verschärfung des Rechts auf Asyl. Unsichtbar gemachte, entrechtete und von der westdeutschen Rückführungspolitik bedrohte Migrant*innen wurden so zu öffentlich vorgeführten Hassobjekten und Sündenböcken. In jenem Kontext dieser politischen Anti-Migrationshaltung der Bonner Republik unter Helmut Kohl und während der Pogromjahre im vereinigten Deutschland fanden dann schließlich die zwei Brandanschläge auf ausschließlich von Migrant*innen bewohnte Wohnhäuser in Duisburg statt.

Migrantisches Wissen und die Initiative Du84

In Anbetracht des in der FIDEF-Publikation versammelten antirassistischen Wissens und der Auseinandersetzung von Migrant*innen mit strukturellem, institutionellem und alltäglichem Rassismus Mitte der 1980er Jahre zeigte sich für mich ein grundsätzlicher Widerspruch zu den Aussagen des Duisburger Polizeichefs Elmar Zimmermann, stellvertretend für die Ermittlungsbehörden, und zu den Pressemitteilungen in den regionalen Tageszeitungen. In der institutionellen Norm der Ermittlungsbehörden fehlte eine Rassismusanalyse und dementsprechend das Wissen um rassistische Gewalt und strukturellen Rassismus.

Diese widersprüchlichen Zeugnisse aus der Vergangenheit beinhalten einen Zwischenraum. In ihm liegt das begründet, was den

strukturellen Rassismus – trotz jeder historischen und sozialen Spezifik – von den 1980er Jahren über die Wendejahre bis heute zum NSU-Komplex weitergetragen hat; in diesem Zwischenraum ist das begründet, was den Rassismus und alles, was wir nicht über ihn wissen, reproduziert. Es gibt eine tiefe Wissenslücke in der Gesellschaft um institutionellen Rassismus.¹⁵

So zeichnet es auch den Brandanschlag 1984 aus, dass es unterlassen wurde, nach Rassismus als politischem Motiv zu ermitteln. Das ist auch das Resultat, zu dem die Rechtsberater*innen kamen, die drei Jahre nach meiner Lektüre des FIDEF-Sammelbands auf Bitten der von uns neugegründeten Initiative Duisburg 1984 die Akten der Staatsanwaltschaft untersucht und begutachtet haben: Es wurde nicht nach Rassismus als politischem Motiv ermittelt, obwohl es unverkennbare Hinweise dafür gab und deshalb nicht aus den Ermittlungen hätte ausgeschlossen werden dürfen. Rassismus als politisches Motiv überdauert die Zeit als Gerücht. Diese Unterlassung steht symptomatisch für das Schweigen um, das Vergessen von Duisburg 1984 und den Rassismus in den 1980er Jahren. Der Mauerfall hatte das Erinnern an den Rassismus der Bonner Republik unterbrochen. Was aber ist die Geschichte hinter der fehlenden Ermittlung? Und wie wurde überhaupt ermittelt? Wie hat die Politik auf Duisburg 1984 reagiert? Wie kann die Lücke in der Erinnerung, die sich nach dem strukturellen Schweigen um Duisburg 1984 gebildet hat, gefüllt werden? Wie kann das Wahrheitsregime von Duisburg, das auf ge- und verschlossenen Akten beruht, angegriffen werden? Vor allem aber steht die Frage im Raum, was mit den Betroffenen und Überlebenden passiert ist, den Hinterbliebenen, den Angehörigen?

Antworten auf diese Fragen zu finden, bedeutete, die Produktion und Konstruktion des historischen Wissens als soziale Praxis zu begreifen und somit innerhalb von gesellschaftlichen Positionen, Kämpfen und Auseinandersetzungen um Sichtbarmachung zu verorten.

35 Jahre nach dem Brandanschlag haben wir exakt an dieser Stelle der Recherche die Initiative Duisburg 1984 gegründet, eine Verbindung geschaffen und fortan als Gruppe gearbeitet. Das »Tribunal NSU Komplex auflösen« machte die Errungenschaften der Kämpfe von Migrant*innen und Antirassist*innen sichtbar, aus denen wir Kraft und Wissen schöpften.

Wir ermittelten weitere Quellen, suchten Anwält*innen, reflektierten und kritisierten gemeinsam und organisierten uns. Wir haben uns Zugang zum Archiv der Staatsanwaltschaft verschafft und haben in Akten gewühlt. Wir haben Feldforschung in Duisburg betrieben, Nachbar*innen interviewt, Eltern befragt, Expert*innengespräche geführt, geschrieben und uns weiter vernetzt. Wir haben uns auf die Suche nach den Betroffenen in Duisburg gemacht, haben Telefonbücher gesichtet und die Namen recherchiert, die wir in den Staatsanwaltschaftsakten gefunden hatten. Ein Name der Überlebenden war falsch geschrieben. Also hat sich die Suche weiter ausgedehnt. Dann wurden wir von den beiden Schwestern und Überlebenden des Brandanschlags Rukiye Satir und Remziye Satir Akkuş kontaktiert und gefragt, warum wir über 1984 nachdächten. Nicht wir haben sie gefunden, sie haben uns gefunden. Seit diesem Moment Ende 2018 agiert die Initiative in allen Belangen gemeinsam mit der Familie Satir.

Warum Familie Satir sieben Angehörige verlieren und sie selber schwerverletzt wurden,

haben die Betroffenen bis heute nicht erfahren.

Wir haben Namen, Geschichten
und klagen an

Wir schreiben das Jahr 1984, es ist Hochsommer und die Abgase aus den Fabriken belasten die Luft besonders stark, wir sind im alten Bundesgebiet im Westen in der Bonner Republik, die Mauer ist noch nicht gefallen und die drei europaweit größten stahlproduzierenden Unternehmen in Duisburg haben schon im Frühjahr des Jahres eine Rückkehrkampagne von sogenannten »ausländischen Arbeitern« gestartet. Das Feuer in dem Wohnhaus in der Wanheimerstraße 301 breitete sich sehr schnell nach oben aus. Im Erdgeschoss des Hauses waren Möbel von Nachbarn zwischengelagert. Sie gehörten im August 1984 zu den »Rückkehrern«, die am nächsten Morgen, also am 27. August, im Rahmen des »freiwilligen Rückkehrabkommens« der Regierung Kohl eigentlich für immer in die Türkei hatten zurückfahren wollen. Sie hatten jenem Gesetz folgen wollen, das Union und FDP nach den vorgezogenen Bundestagswahlen verabschiedet hatten, nachdem die Liberalen unter Genscher aus der sozialdemokratisch geführten Koalition ausgeschert und die Regierung von Helmut Schmidt vorzeitig beendet hatte. Das sogenannte »Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft« war ein Versuch, mit Geldprämien für Arbeiter*innen aus der Türkei, aber auch Tunesien, Marokko und Portugal die sogenannte »freiwillige Rückkehr« zu forcieren. Union und FDP verabschiedeten das Gesetz im November 1983 vor dem Hintergrund einer Stimmung, die einer regelrechten Hetze gegen Migrant*innen glich.

Familie Satir war erst wenige Jahre vor dem Brandanschlag aus Adana im Südosten der Türkei nach Duisburg gezogen. Wie sie zogen Mitte/ Ende der 1970er Jahren viele Arbeitsmigrant*innen in die werksnahe Siedlung. Auch meine Eltern kamen zu dieser Zeit als Arbeitsmigrant*innen in die Kohle- und Stahlstadt im Ruhrgebiet. Wie alle Bewohner*innen des Hauses in der Wanheimerstraße 301 ist auch Familie Satir eine sogenannte »Gastarbeiterfamilie«. So wurden Arbeiter*innen ab 1963/1964 genannt, die im Zuge der staatlich regulierten Anwerbeprogramme von Arbeitsmigrant*innen ab 1955 nach Westdeutschland angeworben wurden. Zuvor nannten Verwaltungsbehörden, Politiker*innen und Medien Arbeitsmigrant*innen noch bedenkenlos Fremdarbeiter, womit sie sich in ihrem Sprachgebrauch für migrantische Arbeitskräfte in Kontinuität zum Nationalsozialismus und zur Weimarer Republik befanden. Zeitungsartikel in den späten 50er, frühen 60er Jahren titelten noch: »Erhard¹⁶ holt Fremdarbeiter«. Ende der 1970er Jahre wechselte die Bezeichnung wieder: dieses Mal von »ausländische Arbeitskräfte« zu »ausländische Arbeiter« und schließlich in den 1990er Jahren zu »ausländische Mitbürger«.

Als es um 0.29 Uhr am 27. August 1984 in der Duisburger Notrufzentrale der Feuerwehr klingelt, brannte das Haus, in dem Familie Satir wohnte, schon lichterloh. In dieser Nacht verloren der Familienvater Ramazan Satir und seine Töchter Remziye, Rukiye, Aynur und Eylem Satir sieben Familienmitglieder. Es starben ihre nur 40 Jahre junge Mutter Döndü, ihre Geschwister Zeliha (18), Çiğdem (7), Ümit (5) und Songül Satir (4), ihr Schwager Rasim Turhan (18) und ihr Neffe Tarık Turhan (50 Tage). Das sind die Namen der Opfer, die sterben mussten, weil ein Feuer in ihrem

Wohnhaus gelegt wurde. Die Schwestern Rukiye und Aynur Satir sind in dieser Nacht auch in der Wohnung. Die beiden weiteren Schwestern Remziye und Eylem sowie Vater Ramazan hingegen nicht. Rukiye und Aynur überleben die Brandnacht schwerverletzt, weil sie aus dem 2. Obergeschoss des Altbaus auf den Asphalt der Straße springen und im Gegensatz zu ihrer Mutter ihr Leben mit schweren Verletzungen und Brüchen retten konnten. Es blieben lebenslängliche Folgeschäden.

Remziye, die älteste Tochter der Familie, war 19 Jahre alt. Sie und ihr Ehemann Suat Akkuş hatten ihr erstes Kind vor knapp einem Monat bekommen und wohnten zu dem Zeitpunkt in Bitzenhofen in Süddeutschland. Am 27. August, dem Tag nach dem Brandanschlag, wurde Suat Akkuş während der Arbeit in der Fabrik in das Büro seines Chefs gerufen. Ein Journalist vom Stern, Gerd Engel, erwartete ihn dort schon. Engel hatte während der Brandnacht in Duisburg den Namen und die Adresse der ältesten Tochter der Familie ausfindig gemacht und war noch in der Nacht nach Süddeutschland zu Remziye und Suat gefahren. Er übermittelte Suat Akkuş die Nachricht vom Brandanschlag in knappen Worten im Büro seines Chefs. Zu dritt mit Baby begab sich die Familie dann auf die Fahrt nach Duisburg. Suat Akkuş erinnerte sich in einem Erfahrungsbericht von 2019 daran, wie traumatisch es war, die Nachricht vom Brandanschlag zu erhalten: Ein Kloß machte sich in seinem Hals breit und er fühlte sich so, als wäre eiskaltes Wasser über ihn gegossen worden. Trotzdem sprach er sich immer wieder selbst leise zu, stark zu bleiben, weil er es ja noch seiner Frau Remziye vermitteln und sie und den Säugling auffangen musste. Raum und Zeit für die Trauer kam erst nach der Über-

führung in die Türkei und der Beerdigung. Wenige Tage später flog auch Gerd Engel in die Türkei nach Adana zum Begräbnis, worüber er gemeinsam mit Lisa Trunk in einem Bericht für den Stern berichtete.¹⁷ Ramazan Satir soll dem Bericht zufolge während der Beerdigung mehrmals mit Beruhigungsspritzen versorgt worden sein und fiel wiederholt in Ohnmacht. In vielerlei Hinsicht sticht der mehrseitige Bericht von Engel/Trunk hervor. Es ist der einzige deutschsprachige Bericht über den Brandanschlag, in dem die Namen der Opfer und Betroffenen genannt werden. In keinem anderen Bericht von 1984, ob in der lokalen oder überregionalen Presse in Deutschland erfährt man die Namen der Opfer oder Betroffenen. In den türkischsprachigen Berichten ist das anders: Sowohl in der Milliyet als auch in der Cumhuriyet werden die Namen der Opfer genannt. Selbst schwer traumatisiert kümmerten sich Remziye und Suat Akkuş gemeinsam mit dem Familienvater Ramazan Satir nach dem Begräbnis der sieben Verstorbenen in Adana um die schwerverletzten Überlebenden. Suat gab seinen Job in Bitzenhofen auf und die Familie zog umgehend zurück nach Duisburg. Remziye Satir Akkuş erinnert sich 2019 in einem Gespräch daran, dass ihr Vater 1984 bei Thyssen in Wanheimerort gearbeitet hatte. Ramazan Satir, der bereits ein Jahr später am 2.8.1985 sein Leben bei einem Autounfall in der Türkei verlor¹⁸, berichtete seinem Vorgesetzten bei Thyssen in der Produktion, dass seine Tochter samt Familie zurück nach Duisburg ziehen würden und er eine Stelle für seinen Schwiegersohn suchte. Die Vorgesetzten bei Thyssen sollen ihnen ohne Zögern zur Hilfe geeilt und auch ihrem Ehemann Suat ohne jegliche Komplikationen einen Job angeboten haben. »Ansonsten kann ich mich an keine Hilfe und Unterstützung

erinnern. Weder gab es einen Sozialarbeiter, der sich um die Schwerverletzten kümmerte, noch irgendeine Nachfrage seitens der Stadt, wie es uns geht. Es gab auch keine Sachkostenunterstützung. Meine Schwester Rukiye musste monatelang im Krankenhaus bleiben und unterzog sich komplizierten Operationen. Danach war sie fast ein Jahr lang nicht gehfähig. Ich kann mich an niemanden erinnern, der sich um unsere seelischen und körperlichen Verletzungen gekümmert hat. Wir waren damals einfach so dankbar, dass mein Ehemann wenigsten schnell eine Stelle bekommen hat«, erinnert sich Remziye Satir Akkuş 2019.

Solidarität heißt, sich kennenlernen

Bevor Rukiye Satir und ich uns an den Esstisch ihrer älteren Schwester Remziye setzten, parkten wir ihr Auto im Wendekreis vor ihrem Haus. Das Reihenhaus der Familie Akkuş steht neben weiteren für das Ruhrgebiet typischen Backsteinhäusern in einer Neubausiedlung, die erst Ende der 1980er Jahre auf einem ehemaligen Schotterplatz erbaut wurde. Der Bebauungsplan hatte in der Wohnsiedlung mit den niedriggeschossigen Bauten keinen Quadratmeter Fläche verschenkt. Die Familie bewohnt das letzte Haus am Ende einer Sackgasse mit Wendekreis. Das Grundstück selbst reicht bis zum Kreisverkehr. Nach hinten hin öffnet sich ein großer Garten. Der Rasen ist an diesem Tag vom Regen durchfeuchtet und riecht mal modrig, mal blumig. Gefühlt ist die Luft an diesem Mittag im Frühjahr 2019 noch zu kalt. Insgesamt war der Winter sehr mild verlaufen, und dennoch hatte sich die feuchte Kälte unnachgiebig bis spät in den Frühling geschoben.

Rukiye Satır lief unaufgeregert und doch schnellen Schrittes zur Hauseingangstür ihrer Schwester. Ein unsichtbares Gewicht lastet auf ihrem Rücken, der seit dem 27. August 1984 schwerverletzt ist und sie trotzdem mit kräftiger Haltung stützt. Obwohl sie den Brandanschlag nur wie durch ein Wunder durch den Sprung schwerverletzt überlebte, schien sie mir offen für ein erstes Gespräch mit ihrer Schwester über die Brandnacht und dem Leben danach. In ihrem Gesicht breitete sich eine kühne, nachdenkliche Besonnenheit aus. Wir kannten uns erst seit wenigen Monaten, aber nur ein paar Monate später würden wir uns bereits sehr viel besser kennen, weil wir uns gemeinsam zu organisieren, zu gedenken, zu trauern und zu kämpfen angefangen hatten. Hätte ich sie an diesem Tag auf ihren Mut hin angesprochen, hätte sie mir sicher gesagt: »Mädchen, ich muss! Hab ich eine andere Wahl? Dat jeht sonst nicht. Ich muss immer weiter und weitermachen!« Aynur Satır Akca, ihre drei Jahre jüngere Schwester, sprang Rukiye Satır aus Angst um ihr Leben aus der lichterloh brennenden Wohnung nach. Auch sie überlebte den Sprung aus dem zweiten Stock schwerverletzt. Die Angehörigen erfuhren erst viele Tage später, dass Rukiye überlebt hatte. Niemand hatte mehr damit gerechnet, zu stark waren ihre Verletzungen. Erst nach vielen Monaten und mehreren Operationen konnte sie schließlich das Krankenhaus verlassen. Nach Jahrzehnten des Trauerns und Schweigens entschieden sich die beiden Schwestern, zu sprechen und sich an den Brandanschlag zu erinnern, erneut ihre verstorbenen Familienangehörigen zu betrauern und sich ihren Traumata zu stellen. Das geschah aus dem Willen, zur Aufklärung beizutragen und aus der Haltung heraus an-

zuklagen. Noch einmal holten sie dafür die Akten und Dokumente aus ihrem Keller, um sie mit uns zu sichten und zu diskutieren. Der Schmerz war dabei allgegenwärtig. Wir sind nur zu dritt an dem Tag, trotzdem ist der Ess-tisch zur langen Tafel ausgezogen, damit die vielen großen und kleinen Servierteller für die unzähligen Pasten, frischen Salate, unterschiedlichen Gerichte, Nüsse, gebratenen Gemüsestreifen und das Obst auf dem Tisch Platz finden können.

Remziye hatte sich von ihrer Schwester mühevoll überzeugen lassen, sich auszusprechen. Zu viel Schmerz bedeutet die Erinnerung an die Trauer und den Verlust der Familienangehörigen. 35 Jahre dauerte es, bis sich eine Gruppe von Menschen zusammentat, um die Duisburger Brandstiftung als Verdachtsfall erneut untersuchen zu lassen, Rassismus anzuklagen, Wissen zu sichern, zu gedenken, zu erinnern und öffentlich gemeinsam mit der Familie Satır zu trauern. »Von Rassismus war damals nie die Rede«, sagt Rukiye Satır. »Niemand hat von Rassismus geredet. Weder 1984 noch 1996, als wir als Nebenkläger gegen die Täterin geklagt haben.« »Aber es roch nach Rassismus, alles drumherum, vorher und nachher roch es auch schon nach Rassismus«, sagt Suat Akkuş etwas später im Sommer auf einer öffentlichen Veranstaltung der Initiative Duisburg 1984 in Bochum. Suat Akkuş hat sehr Recht damit, Rassismus als politisches Motiv im Kontext von Gewalt mit einer Duftspur zu vergleichen. Sie ist da, aber man sieht sie nicht, weil objektive Messinstrumente und eine politische Haltung fehlen, rassistische Gewalt und das behördliche Schweigen sichtbar machen zu wollen. Wir saßen an diesem Tag sehr lange am Tisch von Remziye und Suat Akkuş. Remziye brauchte Zeit. Nach 35 Jahren brauchte sie sehr viel Zeit. Aynur Satır sagte in

einem Gespräch zu einem anderen Zeitpunkt, dass man irgendwann aufgehört hatte zu sprechen. »Wir haben alle, jede für sich, aber auch in der Familie aufgehört über die Brandstiftung zu sprechen. Das hat zu einem generellen Schweigen geführt. Jetzt nach 35 Jahren muss ich erstmal wieder lernen, überhaupt darüber zu sprechen«. Ich fragte Remziye naiv, wo sie denn während des Winters 1984 waren und ob sie was von der Bürgerinitiative gewusst hätten, sich vielleicht sogar selbst engagiert hätten um die rassistische Tat anzuklagen. Remziye blickt zu mir und sagt, dass sie sich um die Begräbnisse gekümmert hätten und dann um die unzähligen Operationen von Rukiye und Aynur. Remziye war als junge 19-jährige Mutter mit einem Säugling die älteste der Familie. Sie und ihr Ehemann sind nach der Brandstiftung sofort nach Duisburg gezogen, um sich um alle Überlebenden zu kümmern und den Familienvater, Ramazan Satır, zu unterstützen. »Eine neue Wohnung suchen, die Kinder, wir. Wir wussten gar nicht mehr, wo wir hätten anpacken können, um die Not zu mildern,« erinnert sich Remziye. Nachdem sie mit ihrem Ehemann nach Duisburg gezogen war, kümmerte sie sich mit der ganzen Kraft um die Wunden und Verletzungen der Verwandten. Sie organisierte nicht weniger als ihr Überleben und fand einen Weg zurück ins Leben. Während Suat Akkuş bei seinem Schwiegervater bei Thyssen gleich einen neuen Job gefunden hatte, mussten Eylem und Aynur teilweise in der Türkei, teilweise in Deutschland leben. »Wir sind oft umgezogen zuerst. Bei der ersten Wohnung, die die Stadt uns zugestellt hat, habe ich weinend protestiert, dass ich nicht in diesem Haus leben möchte, weil es ein Altbauhaus mit Holztreppen war. Rukiye musste noch sehr lange auf Holzstelzen laufen, und in dem Haus hat das zu mas-

siven Lärm geführt. Ich hatte ständig Angst, dass auch dieses Haus wie das andere Haus in der Wanheimerstraße angesteckt würde und wegen des Materials schnell Feuer fangen würde. Die Behörden haben mich nicht ernst genommen. Überhaupt habe ich mich nie ernst genommen gefühlt. Nie kam mal jemand zu uns, um uns über den Zwischenstand der Ermittlungen zu informieren. Ich aber bin bei jedem Umzug zuerst zur Polizei gerannt und hab ihnen die neue Anschrift genannt, damit sie uns immer erreichen können!«

Je länger wir sitzen, desto mehr gewinnt die Trauer Raum. Je mehr wir trauerten, desto klarer wurde der Verstand und der Mut, anzuklagen und ein öffentliches Gedenken einzufordern. Nur wenige Monate später kam ein Anruf von Remziye Satır. »Wir sind oft umgezogen, aber seit 35 Jahren trage ich diese Kisten mit mir. Ich habe da nie reingeguckt in der Zwischenzeit. Das kann ich auch noch nicht. Aber ich habe sie aus dem Keller geholt. Kommt und nehmt sie mit. Es sind Kisten mit Dokumenten zur Brandstiftung 1984. Ich möchte, dass das nicht verloren geht. Ich werde mit jedem Zentimeter dazu beitragen, aufzuklären!«

Stahlindustrie, Krise und Rassismus

Dass der Himmel rot glimmt, ist im Ruhrgebiet nicht ungewöhnlich. Doch in der Nacht vom 26. auf den 27. August 1984 sind es nicht nur die Hochöfen des nahegelegenen Mannesmann Hüttenwerks, die den Nachthimmel über Wanheimerort färben. Als Ramazan Satır sein Haus erreicht, brennt es schon lichterloh. Er hatte noch mit Freunden in der Teestube zusammengesessen, als ein

Nachbar dort anrief und ihm die Schreckensmeldung vom Feuer in seinem Wohnhaus mitteilte. Vor dem Haus angekommen konnte er nichts mehr tun. Sieben seiner Familienangehörigen sterben vor seinen Augen in den Flammen.

Die Wanheimerstraße in Duisburg, in der die Kinder der Familie Satir lebten, ist eine große Straße, sie verbindet den Duisburger Norden mit dem Duisburger Süden, sie ist nicht schäbig. Manchmal ist sie laut, und den Menschen dort geht es sozial betrachtet nicht gut. Sie sind verlassen. Der Stadtteil ist durchzogen von der Autobahn, Industrieanlagen und Gewerbe, liegt rechtsrheinisch am Südhafen der Stahl- und Kohlestadt Duisburg, wo sich entlang des Rheins u. a. die seinerzeit drei größten stahlproduzierenden und -verarbeitenden Firmen Europas, Mannesmann, Thyssen, Krupp während der Hochindustrialisierung im 19. Jahrhundert angesiedelt hatten. Der Urbanisierungsprozess der Stadt schritt parallel zur Arbeitsmigration schnell voran und viele Arbeiter*innen zogen bis zur Weimarer Republik aus den Niederlanden, Polen und Österreich in die neuen Siedlungsräume in der Nähe der Produktionswerke.¹⁹ Nach dem II. Weltkrieg zogen im Juni 1945 wiederholt ehemalige russische Zwangsarbeiter*innen der Mannesmann Stahlwerke auf das Gelände des Hüttenwerks im Duisburger Stadtteil Hüttenheim vor die verschlossenen Werkstore und forderten die sofortige Auszahlung ihrer Löhne. Die zahlungsunfähige Unternehmensleitung richtete sich in einem schriftlichen Gesuch an die Militärverwaltung der Alliierten und berichtet von den Forderungen und dem Protest der Arbeiter*innen vor den Werkstoren.²⁰ Die Duisburger Stahlproduzenten trugen zu einem Drittel der Produktion von Walzwerkerzeugnissen, Eisen und Stahl Nazideutschlands bei und waren

während des Faschismus im Herbst 1944 abhängig von der Arbeit ca. 70.000 Zwangsarbeiter*innen und Gefangener. Keine zehn Jahre später, nachdem die russischen Arbeiter vor den Toren ihre Löhne forderten, befand sich derselbe Stahlbetrieb im Duisburger Süden bereits im Wiederaufbau und rekrutierte massenweise Arbeiter*innen aus Italien, Jugoslawien und Griechenland. Erst später konzentrierten sich sämtliche Stahl- und Eisenbetriebe auf die Migration aus der Türkei. Die im Umland florierende Produktion in der Ruhrkohle- und in der Bekleidungsindustrie bot Arbeitsmigrant*innen in den 1950er und 1960er Jahren massenweise Arbeitsmöglichkeiten in der fordistischen Produktion des Wirtschaftswunderlandes. Auch Ramazan Satir bekam 1972 eine zeitlich befristete Aufenthaltserlaubnis für die Arbeit bei Thyssen in Wanheimerort. Während er aus Adana nach Deutschland migrierte, blieb seine Ehefrau Döndü Satir mit den sechs gemeinsamen Kindern weiterhin in der Türkei wohnhaft. Bis Ende der 1960er Jahre wechselte Ramazan Satir mehrmals sowohl seinen Arbeitsplatz als auch seinen Wohnort bis er sich schließlich in Duisburg niederließ. Häufiger Arbeitsplatzwechsel war keine unübliche Praxis in den 1960er Jahren für sogenannte »Arbeitsmigrant*innen«. Schließlich war man auch für das Abenteuer ausgewandert, wollte sich nicht schnell binden. Arbeitsangebote für unattraktive, harte, sogar gefährliche, körperliche Arbeit wurden ihnen hinterhergeworfen. Arbeitsmigrant*innen kamen nicht nur zum Arbeiten. Sie wollten Erfahrungen sammeln und die Fremde erkunden. Die Unternehmen hatten eine janusköpfige Haltung zu dieser Arbeitskraftfluktuation. Während sie die Flexibilität einerseits aufrechterhalten wollten, weil sie die migrantische Arbeitskraft durch langfristige Verträge nicht an

einen Ort binden und schnell abschickbar behalten wollten, wenn kein Bedarf mehr an ihrer Arbeitskraft herrschte, etablierte sich Anfang der 1970er Jahre auch eine andere Meinung dazu. Mehr und mehr Unternehmen sahen in den freien und mobilen ledigen Arbeitern auch die Gefahr des Freigeists durch die fehlende Integration und Bindung an den Betrieb. Die aufkommende Automatisierung in einzelnen Sektoren der Produktion forderte auch immer stärker eine partielle Einarbeitung in die Produktionsabläufe. Die Geschichte dieser Industrie zu schreiben bedeutet, die Geschichte des strukturellen Rassismus zu schreiben.

Döndü Satir zog mit den gemeinsamen Kindern nach dem Ende der Anwerbezeit 1973 im Rahmen einer »Familienzusammenführung« nach Deutschland. Die Niederlassung von sogenannten »Gastarbeitern« Anfang der 1970er Jahre in Deutschland, ihr Auszug aus den betriebseigenen, abgelegenen zentralen Massenwohnheimen in Werksnähe oder in die Wohngegenden der Innenstädte war kein unumkämpfter, friedlicher Prozess. 1970 etwa führten die Pläne von Mannesmann, ein neues Wohnheim für 400 Arbeitsmigranten in dem Duisburger Stadtteil Ehingen zu bauen, zu heftigen Auseinandersetzungen. Ein lokaler Verein hatte sich lautstark in den Medien zu Wort gemeldet und sich gegen die Pläne des Stahlproduzenten ausgesprochen, eine alte Barackensiedlung in ein Wohnheim für Gastarbeiter umzubauen. Die besorgten Bürger*innen hätten Zweifel darüber, ob »die Sicherheit ihrer Frauen und Töchter« noch gewährleistet sei, berichtet die Westdeutsche Allgemeine Zeitung.²¹ Die Ehinger wollten sich notfalls an den Innenminister wenden und die Umsiedlung mit allen Mitteln verhindern. Der Bürgervereinsvorsitzende Stettinius betonte, dass es ihnen nicht gegen die

Ausländer ginge, vielmehr fürchteten sie die Junggesellen. »Die kasernierten Männer im besten Mannesalter seien eine Zumutung.«²² Auf die Kritik des Bürgervereins versprach der Informationschef und Vermittler des Konzerns, dass sie auch ein Heimleiter Ehepaar einstellen wollten für das Wohnheim, und die Ehinger sich keine Sorgen machen sollten, weil sie die Erfahrung gemacht hätten, dass »Türken willige Arbeitskräfte« seien.²³ An anderer Stelle nannten Autoren der lokalen Presse das zukünftige Wohnheim »Türkenheim«.²⁴ Um den Einzug in das ruhige Nachtigallental in Ehingen-Duisburg zu verhindern, solidarisierten sich angrenzende Wohnorte mit den Ehingern.²⁵ Im Mai titelte die WAZ im Duisburger Stadtanzeiger, dass die Stadt Duisburg anstelle der geplanten 400 Arbeitsmigranten, 280 im Wohnheim unterbringen würde und Bernhöfft sicherte zu, dass sie als Werksleitung diejenigen Gastarbeiter unterstützen würden, die ihre Familien nachholen wollten. Damit verknüpft äußerten sie die Hoffnung, dass das Wohnheim nach fünf Jahren ausgedient hätte.²⁶

Als Familie Satir 1979 die Wohnung in der Wanheimerstraße 301 bezog, war die Freude über die großräumige Wohnung und die Familienzusammenführung groß. Die Toilette war zwar wie für nicht renovierte Altbauten typisch auf der Halbetage und nicht in der Wohnung, aber die Wohnung war groß. Der Brandanschlag zerstörte das bescheidene Glück der Satirs jäh.

Die Täterin

Ein*e Täter*in wurde bis 1994 nicht gefunden und für den Staat blieb das Motiv so lange unklar. Trotz sich erhärtender Hinwei-

se schlossen die Ermittlungsbehörden und die lokale Politik ein politisches Motiv bereits einen Tag nach der Brandstiftung aus. Wie bereits geschildert, schloss damals Staatsanwalt Schnittchen eine natürliche Brandursache zwar aus und betonte, dass eine fahrlässige oder vorsätzliche Brandstiftung überprüft werden müsse. Gleichzeitig sagte er aber auch, dass er einen Anschlag mit politischen Motiven ebenfalls ausschließe. Dabei machte eine lokale Initiative die Behörden früh auf die Gerüchte über rechte rassistische Gewalt in der Stadtgesellschaft aufmerksam und forderte die Ermittlungsbehörden öffentlich dazu auf, das Motiv »Ausländerfeindlichkeit« zu untersuchen. Es gäbe konkrete Bedrohungen von rechten Gruppen aus jüngster Zeit, denen die Ermittlungsbehörden nachgehen müssten, wie etwa »Ausländer raus«-Aufkleber, Hakenkreuz-Schmierereien an der Wand des abgebrannten Hauses, offene Nazi-Treffen in Duisburg, Drohungen und Ankündigungen, die sich gegen Migrant*innen gerichtet hätten, speziell gegen Türken, mit ihnen »aufzuräumen und [sie] abzuräumen.«²⁷ In einem offenen Brief vom September 1984 wendete sich der Sprecher der Initiative an den Oberbürgermeister der SPD Josef Krings. Krings und die Polizei wiederum nannten die Kritiker*innen »linke Nestbeschmutzer« und diffamierten sie als Lügner*innen. Die lokale Presse sorgte sich vor allem um das Ansehen der Stadt. Betroffenenstimmen wurden zu keinem Zeitpunkt in den Zeitungen wiedergegeben. Vielmehr wurden die Opfer entsprechend des damals dominierenden zivilgesellschaftlichen und migrationspolitischen Diskurses, der auf Abschottung vor Immigration und Rückkehr von Migrant*innen setzte, als Menschen dargestellt, die nicht mündiger und vollwertiger Teil der Gesellschaft seien. Sie wurden viel-

mehr als »Fremde« markiert und nicht als Teil der Stadtgesellschaft angesehen. Rassismus beziehungsweise »Ausländerfeindlichkeit« wurde als Tatmotiv vollkommen ausgeblendet.

Nur drei Wochen vor dem Brandanschlag hatte sich Muzaffer Alp, Sozialberater der AWO, an das 14. Kommissariat der Duisburger Polizei, die damalige Politische Polizei, die heute Staatsschutz heißt, gewendet. Im handschriftlichen Vermerk waren weitere Empfänger seines Schreibens aufgelistet. In dem Schreiben dokumentierte er rechte Aufkleber, die auf Autos, Wänden und Fenster der AWO in Duisburg-Marxloh aufgeklebt worden waren. Er schreibt: »Offensichtlich sind wir türkischen Sozialberater gemeint. Wir fühlen uns bedroht. Wir bitten um ihren Schutz.«²⁸

Dennoch dominierte weiterhin das Nestbeschmutzer-Paradigma. So werden in einem weiteren Bericht Anwohner*innen aus Wanheimerort zitiert, die angesichts des Verdachts, dass es ein politisch motivierter Brandanschlag gewesen sein könnte, sagten: »Unser Stadtteil ist durch diese Tat in einen so schlechten Ruf gekommen. Das muss richtiggestellt werden.«²⁹ Etwa ein Monat nach dem Brandanschlag entgegnete Oberbürgermeister Krings auf die Frage, ob es ein politisch motivierter Brandanschlag gewesen sein könne:

Eine bewußte Irreführung. Ich kratze keinen Rechtsradikalen aus dem Grab, den es nicht gibt.³⁰

Selbst zwei Tage nach dem Brandanschlag, als erste Vermutungen in der Stadtgesellschaft auftauchten, dass es »Ausländerfeindlichkeit« gewesen sein könnte, druckte

die WAZ einen Leserbrief ab, in dem kritische Stimmen von vornherein als Desinformation linker politischer Störer*innen delegitimiert werden. Dort heißt es:

Die falschen Aussagen hinsichtlich des unglückseligen Brandes in Wanheimerort sind typisch für die Manipulationen einer bestimmten Clique aus der ganz linken Ecke. Es müssen einfach Neonazis gewesen sein, sonst könnte man ja nicht östlich des Eisernen Vorhangs gegen Neonazis wettern. [...] Es muss also Leute geben, die interessiert daran sind, dass Ausländerfeindlichkeit oder -haß publik gemacht wird.

In der überregionalen Berichterstattung gibt es lediglich zwei Beispiele in den Zeitschriften Konkret und Stern, die einen möglichen rechten Hintergrund als Tatmotiv nannten und Empathie mit den Betroffenen zeigten. Das Wohnhaus hingegen, in dessen Erdgeschoss das Feuer gelegt wurde, wird in einem Leserbrief im September 1984, den die lokale Presse abdruckte, als »Türkenhaus«³¹ bezeichnet.

Zehn Jahre nach dem Anschlag, im Jahr 1994, wird im Rahmen der Ermittlungen zu einem weiteren Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Duisburg-Hamborn am 26. Januar 1993 eine Frau festgenommen. Während ihrer Untersuchungshaft gestand sie überraschend, auch die Brandstiftung im Jahr 1984 begangen zu haben. Trotz der Häufung rassistischer Brandanschläge und Pogrome im Nachgang des Mauerfalls u.a. Hoyerswerda 1991, Hünxe 1991, Rostock-Lichtenhagen 1992, Mölln 1992 oder Solingen 1993, wurde damals nicht von Rassismus gesprochen. Stattdessen wurde bei der Täterin eine »Pyromanie« diagnostiziert. Sie wurde 1996 mit

Hilfe eines forensischen Gutachtens verurteilt und in einer Psychiatrie untergebracht. Die Behörden hatten sich nicht die Frage gestellt, was eine psychisch kranke Frau veranlasste, Unterkünfte von Migrant*innen anzuzünden. Die Sicherheitsbehörden suchten keine Antwort auf diese Frage. Nicht 1984, nicht 1994 auf dem Höhepunkt der rassistischen Konjunktur im gerade vereinigten Deutschland und auch nach dem Geständnis wurde nicht über Rassismus als Ursache der Brandanschläge gesprochen. Die Sicherheitsbehörden klärten den Fall nicht auf, sondern gaben sich mit dem Geständnis zufrieden. Von »Rassismus« und einem politischen Motiv ist immer noch keine Rede.

In welchem Zusammenhang die Taten 1984 und 1993 zur gesellschaftspolitisch hergestellten rassistischen und migrationsfeindlichen Ideologie und Praxis standen, wurde nicht untersucht oder debattiert. Dabei entsprachen sie durchaus einer Spezifik rechter Gewalt: Die Täter*innen fühlten sich als legitime Vollstrecker*innen einer gesellschaftlich-völkischen Ideologie, die Staat, Gesellschaft und Nation retteten. So sind es niemals Einzeltäter*innen, weil ihre Taten im Zusammenhang zu gesellschaftlichen Hegemonien rechter und migrationsfeindlicher Ideologien und Politiken standen und bis heute stehen. Möglicherweise wurde ein politisches Motiv ausgeschlossen, weil den Ermittlungsbehörden ein enges, allerdings nicht der Realität rechter Gewalttäter*innen entsprechendes Täter*innenprofil rassistischer rechter Gewalt vorlag und sie selber von institutionellem Rassismus betroffen waren. Rassismus ist bis heute keine Kategorie für polizeiliche Ermittlungen.

Heute fordern wir, dass bei diesem dringenden Verdachtsfall das Motiv Rassismus erneut überprüft wird, um die Dimension ras-

sistischer Gewalt öffentlich deutlich machen zu können und den Opfern und Angehörigen die dringende Frage beantworten zu können, warum ihr Haus ausgesucht wurde, warum ihre Angehörigen sterben mussten.

Unsere Antwort heißt Solidarität

Die Geschichte des vergessenen Brandanschlags 1984 in Duisburg ist sowohl eine Geschichte des institutionellen und strukturellen Rassismus in der Industriegeschichte der Bonner Republik, als auch eine Geschichte der Kämpfe und Selbstorganisation von Migrant*innen und geteilter, solidarischer Kämpfe von Antifaschist*innen und Antirassist*innen. So sehr die Behörden und die Politik Rassismus und rechte Gewalt auch kleingeredet haben, wird dennoch deutlich, dass das Wahrheitsregime, das sie schufen, brüchig ist und versucht werden muss, den vorhandenen Eigensinn und die Kämpfe zu unterdrücken.

Aber wir sprechen heute als Initiative über Rassismus. Es war nur eine Frage der Zeit, bis eine Initiative mit dem politischen Wissen der Betroffenen, der Vernetzung mit weiteren Initiativen und der antirassistischen Haltung und politischen Vision das ignorante Narrativ der Sicherheitsbehörden anfechten und das Urteil des Prozesses von 1993 nicht anerkennen würde.

»Von Rassismus wurde damals nie gesprochen«, erinnern sich die Angehörigen, Opfer und Überlebenden des Brandanschlags aus Duisburg heute. Sie fügen hinzu: »Wir haben damals an yabancı düşmanlığı, an Auslän-

derfeindlichkeit gedacht, schließlich wurden wir schon in der Schule und Nachbarschaft ständig als »Kümmeltürken« bezeichnet. Aber was hätten wir damals tun können, wir sprachen kaum Deutsch, hatten niemanden, der an unserer Seite stand, und wir waren sehr schwer verwundet, haben Jahre gebraucht, bis wir auf die Beine kamen.«

Deshalb muss es unsere Initiative und die Solidarität mit den Opfern und Überlebenden heute geben. Damit die institutionelle Amnesie in Bezug auf den Brandanschlag und somit die strukturelle Verhöhnung der Trauer der Betroffenen durch Politik, Medien und Strafverfolgungsbehörden durch eine angemessene Aufklärung endlich ein Ende findet; damit ihre Stimmen und Geschichten gehört werden und als Mahnung gesellschaftlich sichtbar werden. Damit ihre verstorbenen Familienmitglieder ihre Namen und Gesichter zurückbekommen; damit der dringende Tatverdacht eines politischen und somit rassistischen Hassmotivs zum ersten Mal für den Duisburger Fall ermittelt wird, damit alle Mitverantwortlichen für das strukturelle Wegsehen und Unsichtbarmachen durch die ermittelnden Behörden mitangeklagt werden und die Politik sich für die Opfer-Täter-Umkehr öffentlich entschuldigt.

Wir müssen unsere gemeinsame Arbeit mit den Angehörigen sichtbar machen, damit ein öffentlicher Gedenkort in Duisburg, der den Wünschen und Vorstellungen der Betroffenen entspricht, entstehen kann. Wir müssen in die vielen Kämpfe der Migrantifa einstimmen, damit nie wieder vergessen wird, dass Rassismus tötet. Deshalb fand die erste öffentliche Gedenkveranstaltung in Duisburg im August 2019 statt. Deshalb organisieren wir unsere zivilgesellschaftliche Arbeit im nächsten Jahr vor allem lokal in breiten, neuen Bündnissen und machen unsere For-

derungen laut, eine unabhängige Untersuchungskommission einzurichten, die den Fall neu aufrollt. Wir fordern, das Tabu und die Verschwiegenheit zu brechen und eine Aufarbeitung rassistischer rechter Gewalt in den 1980er Jahren in Westdeutschland zu veranlassen! Wir werden Kundgebungen organisieren, weiter publizieren, den Angehörigen zuhören, uns für ihre psychische und soziale Stabilisierung und ihr Empowerment sowie eine Aufklärung und ein Gedenken einsetzen.

Anmerkungen

1 Niemand schreibt alleine: Danke an die Initiative Duisburg 1984, Bengü Kocatürk-Schuster, Alexander Bauer, Ongoing Project, den Herausgeber*innen dieses Buches für das wertvolle Lektorat, und danke an Familie Satır für ihr Vertrauen.

2 Weiss, Peter, Ästhetik des Widerstands, Frankfurt/M 1993, S. 130.

3 In meinem Forschungstagebuch vermerkte ich in einer Notiz vom 13.7.2017 am Rand der Stichpunkte den Begriff der Porosität mit einem Bleistift.

4 Fernsehbericht des WDR (ohne Jahresangabe). Online abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=KXNRZqp9sDg> [letzter Zugriff: 17.3.2020].

5 Vgl. WAZ, 14.3.2013. Online abrufbar unter: <https://www.waz.de/staedte/duisburg/sued/den-moerder-bis-nach-afrika-gejagt-id7724077.html> [letzter Zugriff: 14.3.2020].

6 Vgl. Der Spiegel, 15.10.1984. Online abrufbar unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13511969.html> [letzter Zugriff: 14.3.2020].

7 Es gibt eine strafrechtliche Differenz zwischen einem Brandanschlag und einer Brandstiftung, die vorsätzlich oder auch fahrlässig sein kann. Laut Strafgesetzbuch § 306 ist ein Brandanschlag eine besondere Form der Brandstiftung und die Tat politisch motiviert. Darunter ist zu verstehen, dass der Täter mit der Tat Botschaften an die Öffentlichkeit und die betroffene soziale Gruppe senden möchte, und mit dem Brandanschlag politischen Ziele erreichen möchte, etwa die Auslöschung, Erpressung, Einschüchterung, Verängstigung und Vertreibung minderwer-

tig imaginierten Lebens von Migrant*innen.

8 Vgl. Kücükhüseyin, Sevket, Türkische politische Organisationen in Deutschland.

Reihe: Zukunftsforum Politik, hg. Konrad Adenauer Stiftung., Nr. 45, Sankt Augustin 2002, Seite: 39.

9 Türkei-Infodienst, Infoblatt der türkischen Arbeiterorganisation FIDEF, 1984, in: Papier-tigerarchiv. Archiv für Soziale Bewegungen in der BRD und weltweit, Berlin. Ohne Signatur.

10 Vgl. FIDEF (Hg.), 1984, Internationale Kon-ferenz. Gegen die Diskriminierung von Aus-länder[n] für volle Gleichberechtigung, (27. Oktober 1984). Düsseldorf (Eigen- druck): International Institut for Social History, Am-sterdam, IISG 2000/5557.

11 Alphonse Kahn (Bund der Antifaschisten), in: FIDEF (Hg.), 1984, Internationale Konfe-renz. Gegen die Diskriminierung von Auslän-der[n] für volle Gleichberechtigung (1984): S. 88 f.

12 Gemeint ist die Selbstverbrennung von Semra Ertan 1982 in Hamburg aus Protest gegen Rassismus.

13 Krüger, Dirk (Deutsche Kommunistische Partei), in FIDEF (Hg.), 1984, Internationale Konferenz. Gegen die Diskriminierung von Ausländer[n] für volle Gleichberechtigung (1984): S. 69 ff.

14 Vgl. Neue Ruhr Zeitung vom 11.10.1984. Stadtarchiv Duisburg. Sammlung/841. Vgl. auch Neue Ruhr Zeitung, vom 4. Juni 1980, Nr. 128: »Asylsuchende Türken über- fluten Stadt. Rund tausend Ausländer – doppelt so viel wie im vergangenen Jahr – suchen in Duisburg eine neue Heimat und mißbrau-chen zum größten Teil dazu das, das für po-litisch Verfolgte geschaffen wurde. Der Rat der Stadt will Montag die Alarmglocke an die Adresse der Regierungen in Bonn und Düsseldorf läuten. [...] Die Türken aus dem hungernden und frierenden Anatolien ha-

ben meist durch Ver- wandte in Duisburg von dem Wunderland an Rhein und Ruhr ge- hört. [...] In einigen Stadtteilen macht es bö- ses Blut in der deutschen Bevölkerung, dass sich Ausländer wegen verschiedener politi- scher Ansichten die Köpfe einschlagen, dass die Polizei minderjährige Mädchen aus den Heimen herausholen muss, dass Lärm und Dreck zusammen mit Alkoholorgien tatsäch- lich Verhältnisse schaffen, wie sie aus den Slums in den USA bekannt sind.«

15 Vgl. Liebscher, Doris / Bartel, Daniel / Re- mus, Juana, »Rassismus vor Gericht: weiße Norm und Schwarzes Wissen im deutschen Recht«, in: Fereidooni / El (Hrg.), Rassismus- kritik und Widerstandsformen, Springer 2017, VS.

16 Der damalige Wirtschaftsminister, Lud- wig Erhard, beauftragte im Oktober 1955 das erste Anwerbeprogramm mit italienischen Arbeitskräften.

17 Vgl. Stern vom 6.9.1984, S. 20 ff.

18 Vgl. Milliyet vom 2.8.1985, Seite 2, in: Di- gitales Zeitungsarchiv. Online abrufbar unter: <http://gazetearsivi.milliyet.com.tr/>. [letzter Zugriff: 9.1.2020].

19 Vgl. Jackson, James H., »Migration and Urbanization in the Ruhr Valley: 1821–1914«. In: Humanities Press International, Boston, Leiden, Cologne 1997.

20 Offizielles Schreiben der Mannesmann Stahlwerke in Hüttenheim-Duisburg an Al- liierte. Industrie – und Handelskammer Duisburg im Rheinisch-Westfälischen Wirt- schaftsarchiv, Köln. Abt. 20 IHK Duisburg 20– 1804–6 »Beschäftigung und Rückführung von Ausländern. Laufzeit: 04.1945–01.1961«.

21 WAZ vom 16.3.1970.

22 Ebd.

23 WAZ vom 6.3.1970.

24 Vgl. Neue Rhein Zeitung vom 23.3.1970.

25 So etwa die Einfamilienhaussiedlung

in Mündelheim. Vgl. Rheinische Post vom 23.3.1970.

26 Vgl. Duisburger Stadtanzeiger.

27 Vgl. Offener Brief der Ruhrorter Initiative, in: Stadtanzeiger der WAZ, 19.9.1984.

28 Schreiben eines Sozialberaters der AWO an das 14. Kommissariat am 19.7.1984. Im handschriftlichen Vermerk zum Brief sind weitere Empfänger aufgelistet. Angeheftet waren zwei Blätter mit Nazi-Aufklebern (Bi-DAP und FAP). Die Aufkleber sind später datiert, können also nicht Teil des Briefes vom 9.7.1984 gewesen sein. Sie dienten wohl zur nachträglichen Illustrierung, welche Aufkleber damals in Marxloh geklebt wurden, Archiv Duisburger Institut für Sozial- und Sprachforschung, Duisburg. Vielen Dank an Martin Dietzsch vom DISS für die Bereitstellung dieses Dokuments.

29 WAZ vom 14.9.1984.

30 Leserbrief in der WAZ vom 25.9.1984.

31 Leserbrief in der WAZ vom 29.8.1984.